

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Günther (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Einladungspraxis der Landesregierung bei der Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten

Die **Kleine Anfrage 1138** vom 14. Dezember 2007 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Abgeordneten und kommunalen Mandatsträger wurden zur diesjährigen Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten in Oppenheim eingeladen?
2. Gibt es eine geübte Praxis, nach der zur Verleihung der Sportplakette des Bundespräsidenten durch den Minister des Innern und für Sport oder einen Beauftragten nur Abgeordnete der SPD, nicht aber Abgeordnete anderer Fraktionen eingeladen werden?
3. Wenn ja: Aus welchen Gründen wurde dieses Verfahren gewählt und hält die Landesregierung es – insbesondere mit Blick auf die allgemeinen Grundsätze allen staatlichen Handelns, zu denen auch das Gebot parteipolitischer Neutralität gehört – für korrekt?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Januar 2008 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Zu der diesjährigen Verleihungsveranstaltung in Oppenheim wurden Herr Klaus Hagemann, MdB, und Frau Kathrin Anklam-Trapp, MdL, als direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete sowie der örtlich zuständige Landrat Claus Schick und der Hausherr der Landskronhalle, Stadtbürgermeister Markus Held, eingeladen. Darüber hinaus erhielt der Vizepräsident des Landessportbundes Rheinland-Pfalz, Herr Thomas Wansch, MdL, als Repräsentant des rheinland-pfälzischen Sports eine Einladung.

Zu Frage 2:

Nein.

Es gibt eine bisher geübte Praxis, die jeweiligen direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten des Veranstaltungsortes aus Bundestag und Landtag unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit einzuladen.

Für zukünftige Veranstaltungen dieser Art werde ich die im Wahlkreis wohnenden MdB einladen und darüber hinaus die im Landtag vertretenen Fraktionen bitten, eine Abgeordnete bzw. einen Abgeordneten zu entsenden.

Zu Frage 3:

Entfällt.

Karl Peter Bruch
Staatsminister

